Rechtsprechung

Arztbewertungsportale: Fluch oder Segen?

Das Internet hat sich zu der Informationsquelle schlechthin entwickelt: Restaurants, Hotels, Produkte und eben auch Ärzte werden im World Wide Web gesucht und inzwischen auch bewertet. Dies bietet Chancen, aber auch unliebsame Überraschungen für Ärzte.

Arztbewertungsportale sind aus dem Netzangebot inzwischen nicht mehr wegzudenken. So manchem Arzt ist dies ein Dorn im Auge, nicht wenige fühlen sich dadurch bedroht. Was aber kann getan werden? Das war Thema der Sitzung „Arztbewertungsportale – Fluch oder Segen?“ beim diesjährigen Orthopädenkongress in Berlin. Der Fachanwalt für Medizinrecht und Strafrecht, Harald Wostry, Ratajczak & Partner mbH Rechtsanwälte, Essen, gab Auskunft über die derzeitige Rechtsprechung. Schon 2014 entschied der Bundesgerichtshof (BGH), der sich bisher schon dreimal mit dem Thema Ärztebewertungen beschäftigt hat, dass der Arzt keinen Anspruch darauf habe, nicht in einem Bewertungsportal verzeichnet zu sein. Von der Rechtsprechung werden Be-

wertungsportale als gesellschaftlich erwünscht beurteilt und damit dem Grundrecht der Meinungsfreiheit des Patienten der Vorrang vor dem Persönlichkeitsrecht des Arztes eingeräumt.

Entscheidung Ärztbewertungsportal I

In dieser ersten BGH-Entscheidung von 2014 ging es um die Frage, ob es Anspruch auf Auskunft über die Anmeldedaten des Nutzers sowie einen möglichen Unterlassungsanspruch gegen den Portalbetreiber gibt. Es wurde zwar ein Unterlassungsanspruch gegen den Portalbetreiber bejaht (§§ 823, 1004 BGB). Dieser ist aber nicht durchsetzbar, weil der Portalbetreiber nicht befugt ist, personenbezogene Daten des Nutzers ohne dessen Einwilligung zur Erfüllung eines Auskunftsanspruches zu übermitteln (§§ 12 II TMG).

Entscheidung Ärztbewertungsportal II

Hier erklärte der BGH zur Erhebung von Daten des Arztes, der Anonymität der Bewertung und dem daraus ableitbaren Lösungsanspruch, dass die anonyme Nutzung im Internet üblich, die Erhebung der Arzt-Daten nach datenschutz-

rechtlichen Vorschriften zulässig sei und dass aus dem Umstand, dass der Nutzer seine Bewertung anonym abgibt, nicht abgeleitet werden könne, dass das Interesse des Arztes nach einer Löschung der Daten Vorrang vor dem Interesse des Portalbetreibers nach deren Speicherung habe.

Schließlich gehe es im Gesundheitsbereich um sensible Daten, die bei Gefahr der Preisgabe der Identität des Nutzers diesen von der Abgabe einer Bewertung abhalten könnten, was nicht erwünscht sei.

Entscheidung Ärztbewertungsportal III

Zur Möglichkeit der Inanspruchnahme des Portalbetreibers urteilte der BGH 2016, dass dieser nur dann als unmittelbarer Störer in Anspruch genommen werden könne, wenn er sich die Inhalte zu Eigen gemacht habe, also inhaltliche Verantwortung für die Bewertung übernommen habe – ein Tatbestand, der durch die Vorprüfung und Veröffentlichung allein nicht erfüllt ist.

Auch die Inanspruchnahme als mittelbarer Störer ist problematisch. Denn es besteht erst nach erfolgtem Hinweis auf eine mögliche Rechtsverletzung Prüfungspflicht durch den Portalbetreiber. Aufgrund eines Hinweises ist er verpflichtet, den Sachverhalt zu erforschen und ggf. die Verletzung abzustellen.

Er muss beispielsweise vom Nutzer Belege für einen Behandlungskontakt anfordern und diese anonymisiert an den Arzt weiterleiten. Tut er dies nicht, gilt dies als Eingeständnis des fehlenden Behandlungskontaktes, wofür er als mittelbarer Störer haftet.

Tatsachenbehauptungen müssten dann gelöscht werden, Bewertungen dürfen als Meinungsäußerungen aber stehen bleiben.

(Wiebke Kathmann)

Das Internet bietet Chancen, aber manchmal auch unliebsame Überraschungen.

© Production Perig / Fotolia

DKOU, Berlin 2016: Arztbewertungsportale – Fluch oder Segen?